

Ist die Einführung eines durch den Staat festgelegten branchenübergreifenden Mindestlohnes eine probate Forderung?

Arbeitsmaterial: Kritiker

Beschäftigte werden stets entsprechend ihrer Leistung bezahlt. Wer viel zum Erfolg eines Unternehmens beiträgt, bekommt viel Geld; wer wenig dazu beiträgt, erhält wenig Geld. Demnach ist die Welt der Löhne in Ordnung, weil der Markt immer für die richtigen Löhne sorgt, solange der Staat nicht eingreift. Der Deutsche-Bank-Vorstand Josef Ackermann und der Daimler-Chef Jürgen Schrempp kassieren Millionen, weil sie Hochleistungen erbringen. Pfortner oder Hilfsarbeiter erhalten einen niedrigen Lohn, weil sie nur in geringem Maße zum Unternehmenserfolg beitragen. Unternehmen zahlen Löhne nach Leistung, keinen Cent mehr und keinen Cent weniger. Will man die gering Qualifizierten in Arbeit bringen, so hilft nur ein geringerer Lohn. Staatlich verordnete Lohnuntergrenzen, sprich: Gesetzliche Mindestlöhne, wären hingegen fatal. Sie würden gerade die gering Qualifizierten aus den Jobs hinausdrängen.

DIE ZEIT: Zu wenig Geld für harte Arbeit – 9.6.2005

Wer in diesem Sinn faire Löhne durch gesetzliche Mindestlöhne fordert, der fordert die Vernichtung dieser Arbeitsplätze. Rationalisierung und Dienstleistungsimport werden die Folge sein. Allerdings ist das nicht die einzige Konsequenz, denn die für die meisten drohende Arbeitslosigkeit ist mit deutlichen Verlusten an Lebenszufriedenheit verbunden. Wie jüngste Auswertungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln auf Basis des sozio-ökonomischen Panels zeigen, ist die Zufriedenheit von Menschen mit Niedriglohnarbeit größer als die von Menschen in Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut. Also gilt: Besser „working poor“ als nur „poor“.

DIE ZEIT: Contra Mindestlohn – 9.3.2006

Die Einhaltung der jeweiligen Mindestlöhne müsste zudem auch kontrolliert werden. Die Erfahrungen in der Bauwirtschaft zeigen, dass die Kontrolle von Mindestlöhnen sehr personalaufwändig ist und trotzdem unzureichend bleibt. Würde man in weiteren Branchen einen Mindestlohn installieren, würde sich dieser Kontrollaufwand beträchtlich erhöhen. Gegebenenfalls müsste hier sogar eine neue Kontrollbehörde geschaffen werden. Es entstünde eine neue Kontroll-Bürokratie, ohne dass damit die Einhaltung der Mindestlöhne tatsächlich gewährleistet wäre.

Die Erfahrungen des Auslands mit Mindestlöhnen belegen die negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. So weist der Sachverständigenrat darauf hin, dass in Frankreich die Einführung des Mindestlohnes für den Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit mitverantwortlich war. Die Arbeitslosenquote von Arbeitnehmern unter 25 Jahren lag in Frankreich mit 22% im Jahre 2005 weit über dem deutschen Durchschnitt von 15%.

BDA: Gesetzliche Mindestlöhne: Irrweg mit fatalen Folgen – Mai 2006

Ist die Einführung eines durch den Staat festgelegten branchenübergreifenden Mindestlohnes eine probate Forderung?

Arbeitsmaterial: Kritiker

Einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro, wie die Gewerkschaften fordern, wird es mit der Union nicht geben", bekräftigte Pofalla. „Das würde Hunderttausende Arbeitsplätze kosten. Ein Betrag von 7,50 Euro als staatlich garantierter flächendeckender Mindestlohn ist eine schiere Illusion. Es bringt nichts, in München einen Lohn festzulegen, der im Osten alle Arbeit platt macht."

Frankfurter Rundschau: Koalition lehnt Mindestlohn ab – 28.5.2006

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Hubertus Schmoldt, hat Union und SPD eindringlich vor der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes gewarnt.

„Ich lehne einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn ab, weil damit die Tarifautonomie ausgehebelt würde“, sagte Schmoldt dem Handelsblatt. „Wer glaubt, dass man den Unternehmen einfach einen Mindestlohn vorschreiben kann, ohne dass das Angebot an einfachen Arbeitsplätzen sinkt, der hat die Probleme am deutschen Arbeitsmarkt nicht verstanden“, betonte er. Außerdem solle man den Druck auf die unteren Lohngruppen durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes nicht unterschätzen...

Handelsblatt: Gewerkschaftschef lehnt gesetzlichen Mindestlohn ab – 23.2.2006

In der öffentlichen Diskussion wird häufig darauf hingewiesen, dass in vielen anderen europäischen Ländern gesetzliche Mindestlöhne eingeführt wurden. Viele dieser Länder hätten eine geringere Arbeitslosigkeit als Deutschland. Dies weist darauf hin, dass Mindestlöhne keine dramatischen Beschäftigungseffekte nach sich ziehen würden. Diese Argumentationslinie ignoriert zwei wesentliche Punkte. Zum einen muss man das Zusammenspiel von Mindestlöhnen mit anderen Arbeitsmarktinstitutionen beachten. Zum anderen zeigt obige Betrachtung nur eine Korrelation zwischen der Arbeitslosenquote und dem Mindestlohn. Diese Korrelation beantwortet jedoch nicht die Frage, wie hoch die Arbeitslosenquote in diesen Ländern wäre, wenn es keinen gesetzlichen Mindestlohn gäbe. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sie ohne einen Mindestlohn noch geringer wäre.

Es ist jedoch zu erwarten, dass die fortschreitende Globalisierung der Güter- und Arbeitsmärkte die negativen Effekte eines Mindestlohnes für die Beschäftigung in den Vordergrund rücken lassen. Angesichts geringer Transportkosten wird es für viele Unternehmen nahezu völlig irrelevant, ob sie günstige Arbeitskräfte im Inland finden oder – wenn dies per Gesetz unterbunden wird – die Produktion ins Ausland verlagern. Schließlich müssen Regulierungen auch immer überwacht werden. Wie die Überwachung der Einhaltung von Mindestlöhnen kosteneffizient gelingen soll, ist keineswegs geklärt.

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung – Position vom 27. Mai 2006

Ist die Einführung eines durch den Staat festgelegten branchenübergreifenden Mindestlohnes eine probate Forderung?

Arbeitsmaterial: Kritiker

Der Lohn eines Arbeitnehmers und der Wert der von ihm produzierten Güter oder Dienstleistungen stehen in einem engen und untrennbaren Zusammenhang. Kein Unternehmen kann einem Arbeitnehmer auf Dauer einen Lohn zahlen, der durch den Wert der Gegenleistung nicht gedeckt ist. Verstöße gegen diese Grundregel der Marktwirtschaft werden im Wettbewerb unweigerlich und ausnahmslos mit der Insolvenz des Unternehmens bestraft.

Der Wunsch der Arbeitslosen nach einem neuen Arbeitsplatz rückt mit einem gesetzlichen Mindestlohn endgültig in unerreichbare Ferne! Doch nicht nur Arbeitslose werden ausgeschlossen. Auch viele bestehende Arbeitsplätze werden gefährdet. Nach einer Studie des DIHK verdienen hierzulande derzeit 1,3 Millionen Vollzeitbeschäftigte weniger als 6 Euro pro Stunde. Legt man die DGB-Forderung von 7,50 Euro zugrunde, dürften sogar mehr als 2,6 Millionen Menschen betroffen, das heißt bei Einführung eines Mindestlohnes ganz konkret von Arbeitslosigkeit bedroht, sein.

Wir brauchen in Deutschland nicht mehr, sondern weniger staatliche Eingriffe. Nicht mehr, sondern weniger Bürokratie.

FDP Rede von Heinrich Kolb im Deutschen Bundestag – 1.6.2006

Weil vor allem kleine Unternehmen niedrige Löhne bezahlen, träfe sie ein gesetzlicher Mindestlohn besonders. „Ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber größeren Unternehmen könnte geschwächt werden“, warnt das DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung). Besonders die wenig Qualifizierten und ein großer Teil der jungen Erwerbstätigen, Frauen sowie Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten wären davon betroffen. Ihre Arbeitsplätze würden durch eine Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes gefährdet.

Die Welt: Mindestlohn schwächt vor allem kleine Unternehmen – 13.4.2006

Für Arbeitgeber in diesem Arbeitsmarktsegment führt ein gesetzlicher Mindestlohn zu höheren Lohnkosten. Nur wenn die Unternehmer diese erhöhten Kosten in Form von Preisaufschlägen an die Verbraucher weitergeben können, ist kein unmittelbarer negativer Effekt auf die Beschäftigung zu erwarten. Da dies in der Regel aus Wettbewerbsgründen nicht vollständig möglich sein wird, besteht die Gefahr, dass Produktionsstätten in andere Länder mit niedrigerem Lohnniveau verlagert werden und Arbeitsplätze in Deutschland verloren gehen oder dass in die Schwarzarbeit ausgewichen wird. Dies hätte entsprechende negative Auswirkungen auf die Einnahmen des Staates aus Steuer- und Sozialversicherungsbeiträgen.

Wissenschaftliche Dienste des deutschen Bundestages – 12.9.2005

Ist die Einführung eines durch den Staat festgelegten branchenübergreifenden Mindestlohnes eine probate Forderung?

Arbeitsmaterial: Kritiker

Gegenwind bekommen die gewerkschaftsnahen Wissenschaftler allerdings nicht nur von den Arbeitgebern, die argumentieren, dass die Arbeitsmärkte nicht so pauschal vergleichbar seien. Gesetzliche Mindestlöhne seien unter der Bedingung einer prosperierenden Wirtschaft und niedriger Arbeitslosigkeit wie in Großbritannien oder Irland sehr viel leichter zu verkräften als unter den schwierigen Vorzeichen in Deutschland. Aber auch Gewerkschaften wie die IG Metall, die Branchen vertreten, in denen noch immer recht hohe Löhne gezahlt werden, fürchten, die Tariflöhne könnten durch einen allgemeinen Mindestlohn unter Druck geraten.

Die Zeit: Europas Mindestlöhne – 13.5.2006

Ab welcher Lohnhöhe ist die Würde von Beschäftigten verletzt? Mindestlöhne seien „gut gemeint“ – würden allerdings zu Jobverlusten führen. Denn schon heute verlagerten Firmen Jobs ins Ausland bzw. griffen auf illegale Beschäftigung zurück, um Arbeitskosten zu sparen. Die *Süddeutsche Zeitung* regt daher ein „Umdenken“ an. Auch „einfache Arbeiten“ – insbesondere Dienstleistungen – müssten gesellschaftlich anerkannt werden. In Deutschland wirkten hohe soziale Mindeststandards – wie das Arbeitslosengeld II – bereits de facto wie ein Mindestlohn, da unterhalb dieser Marke kaum Arbeit angenommen werde. Angesichts dieser in Deutschland gewährten Absicherung solle der Wert und die Würde menschlicher Arbeit nicht an der Höhe der Bezahlung festgemacht werden. Wichtig sei vielmehr, ob jemand überhaupt eine Arbeit habe.

Süddeutsche Zeitung: Arbeit und Würde – 3. Juni 2006

Das sind die Tatsachen zum Thema Mindestlohn: Entweder der Mindestlohn ist zu niedrig. Dann steht er auf dem Papier und keiner interessiert sich für ihn. Oder der Mindestlohn ist zu hoch. Dann werden die Arbeitnehmer erst gar nicht eingestellt oder – viel schlimmer – entlassen. Warum? Durch einen Mindestlohn gerät der Arbeitgeber in eine Zwickmühle. Was soll er tun, wenn er Arbeitnehmer hat, die einen Stundenlohn bekommen, der zwar ihrer Leistungskraft und Wertschöpfung entspricht, nicht aber einem gesetzlich definierten Mindestlohn? Der Arbeitgeber muss effizient wirtschaften, weil ihm sonst die ausländische Konkurrenz das Leben schwer macht. Also muss er zwischen der Auslandsverlagerung oder Streichung des Arbeitsplatzes entschieden.

Vereinigung der bayrischen Wirtschaft – Argumentationen Mindestlohn